Naunhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Austräger Mk. 1.20 vierteljährlich. Frei ins Haus durch die Post Mk. 1.20 vierteljährlich.

Mit zwei Beiblättern: Illustriertes Sonntagsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. (Letztere alle 14 Tage.)

Verlag und Druck: Günz & Eule, Naunhof. **Redaktion:** Robert Günz, Naunhof.

Ankündigungen: Für Inserenten der Amtshauptmannschaft Grimma 10 Pfg. die fünfgespaltene Zeile, an erster Stelle und für Auswärtige 12 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Naunhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Vormittags 11 Uhr am Tage des Erscheinens

Nr. 152. Sonntag, den 20. Dezember 1903. 14. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In der gestrigen 40. diesjährigen Sitzung ist folgendes beraten u. beschlossen worden:

1., Der letzte an der Waldstraße noch zurückstehende Gartenzaun vor dem früher Bäumlerschen Grundstück ist nunmehr auch noch in die neue Fluchtlinie zu setzen, sofern der jetzige Besitzer damit einverstanden ist. Die Kosten für das Herausrücken beider Zäune sind von den Petenten einzuziehen.

2., In der Bausache des Herrn Herfurth wurde von den Einsprüchen der hinterliegenden Interessenten Kenntnis genommen und beschlossen, als Bedingung anzuregen, daß für den Fall des Baues der projektierten Parallelstraße zum Eisenbahnkörper der 2 m Tiefe enthaltende Vorbau vor der Eingangstür ohne Entschädigung wieder beseitigt werden muß; auf diese Art wird unter allen Umständen der Straße eine Mindestbreite von 10 m gewährleistet.

3., Der Petition um gleichmäßige Fortgewährung der prozentualen Beiträge zur Feuerlöschkasse, vom städtischen Branddirektor Hofmann in Meißen ausgehend, wird beigetreten.

4., Die Kündigung des Schlossers Reuther wird gutgeheißen und beschlossen, die Stelle eines Heizers auszuschreiben.

5., Wegen des Verkaufes von Teer und Ammoniakwasser ist noch bei einigen Leipziger Firmen anzufragen.

Hierauf erfolgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Naunhof, am 19. Dezember 1903.

Der Stadtgemeinderat.
Jael, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die der Stadtgemeinde zustehende, im oberen Teile auszuübende volle

Schankgerechtigkeit

soll **Dienstag, den 29. Dezember nachmittags 4 Uhr** im **Ratssitzungszimmer** zum

Verkaufe

ausgeboten werden. Die näheren Bedingungen werden im Termine bekannt gegeben, können aber auch vorher hier eingesehen werden.

Naunhof, den 19. Dezember 1903.

Der Stadtgemeinderat.
Jael, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Für die Gasanstalt wird zum sofortigen Antritt ein

Heizer

gesucht. Schriftliche Angebote werden bis zum 29. dieses Monats Mittags 12 Uhr erwartet.

Naunhof, am 19. Dezember 1903.

Der Stadtgemeinderat.
Jael, Bürgermeister.

Rundschau.

Die Augen des deutschen Volkes waren in diesen Tagen auf den Reichstag gerichtet, wo die erste Lesung des Etats vorgenommen wurde. Indessen waren es weniger die Zahlen des Reichshaushalts, die das Interesse wachhielten, sondern die Art und Weise, wie vom Regierungstische aus die Vorstöße der Sozialdemokratie abgewiesen wurden. Selten hat sich diese solche Abfuhren geholt, wie die, die ihr Graf Bülow versetzte. Der glänzendste Redner der Sozialdemokratie, Bebel, mußte kleinlaut als Besiegter das Feld räumen. Das ist die Meinung der Presse aller Parteien, natürlich mit Ausnahme der sozialdemokratischen. Mit besonderer Genugtuung ist die Erklärung des Reichskanzlers zu begrüßen, daß kein Sozialdemokrat Beamter sein könne, weil die republikanische Gesinnung der Sozialdemokraten mit dem von dem Beamten zu leistenden Treueide unvereinbar sei. Was Graf Bülow weiter über die Fortführung der Sozialreform ausführte, und sein Nachweis, daß die Sozialdemokratie das stärkste Hindernis für den Arbeiterschutz ist, wird hoffentlich in den breiten Schichten des Volkes auf fruchtbaren Boden fallen und die Ueberzeugung stärken, daß die Arbeiter nichts Törichteres tun können, als der roten Fahne zu folgen.

— **Berlin.** Den Reden, welche der Reichskanzler Graf Bülow bei der Etatsdebatte im Reichstage gegen die Sozialdemokratie gehalten hat, soll in ihrem Wortlaute die weitestmögliche Verbreitung gegeben werden. Es wird angenommen, daß die zahlreichen Vereine und Verbände im Deutschen Reiche, welche auf monarchischem Boden stehen, sich an dieser Verbreitung beteiligen werden.

— Eine Broschüre des Generals v. Boguslawski, die zum Zweck der Bekämpfung der **Sozialdemokratie** folg. Forderungen aufstellt, hat folgenden Inhalt: Oeffentliche Abstimmung bei der Reichstagswahl, Abschaffung der Stichwahlen, Einführung der Wahlpflicht, Errichtung eines Oberhauses, ein Ausnahmegesetz gegen die revolutionäre Sozialdemokratie, Zerstörung der sozialdemokratischen Organisation. Die Reichsregierung will, wie aus den Reden des Grafen Bülow zu entnehmen war, von allen derartigen Maßnahmen nichts wissen.

— **Berlin** leidet nicht unter „konservativer Mißwirtschaft", über die in Sachsen gewisse Leute sich aufregen. In seiner Stadtvertretung sitzen nur waschechte Freisinnige und Sozialdemokraten. Und doch ist es in größter Geldklemme. Schon im Vorjahre war die Steuererhöhung geplant. Man half sich im Rathaus aber noch einmal auf andere Weise. Jetzt hat ein Stadtverordneter die Erhöhung von 100 auf 125% als wahrscheinlich bezeichnet.

† Durch die plötzliche Einführung heller **Offiziers-Ueberröcke** ist die Tuchindustrie so schwer geschädigt worden, daß die Zittauer Gewerbekammer beschlossen hat, beim preuß. Kriegsministerium vorstellig zu werden.

— **Berlin.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt über den Inhalt des demnächstigen Erlasses der Ausführungsbestimmungen zum Gesetze, betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben: Die Bestimmungen beschränken sich darauf, eine Ausnahme insoweit zu gewähren, als sie für die nächsten beiden Jahre die Beschäftigung von eigenen Kindern bereits vom vollendeten achten Jahre an gestatten, und zwar soll sich die Erlaubnis lediglich auf die am 1. Januar 1904 bereits über acht Jahre alten Kinder erstrecken. Die Vorschriften gestatten die Beschäftigung nur mit denjenigen Arbeiten und in denjenigen Bezirken, für die solche Beschäftigung nach den angestellten Ermittelungen hergebracht ist. Endlich ist Sorge dafür getragen, daß die Kinder nur zu unbedenklichen Arbeiten verwendet werden. Der übermäßigen Inanspruchnahme der Kinder ist dadurch vorgebeugt, daß die Innehaltung der Vorschriften des Gesetzes über den Ausschluß der Nachtarbeit und der Arbeit vor dem Vormittagsunterricht, sowie über die Gewährung von Ruhepausen gefordert ist.

— **Krankenkassen-Kongreß.** Für den 25. Januar nächsten Jahres ist ein allgemeiner deutscher Krankenkassen-Kongreß einberufen worden, um die Stellung der Krankenkassen zu den Forderungen der deutschen Aerzteschaft festzulegen. Als Ort des Kongresses soll eine passend gelegene Stadt Mitteldeutschlands gewählt werden.

— Das Reichsamt des Innern ist mit den Vorarbeiten für eine Neuregelung der Bestimmungen über die **Sonntagsarbeit in der Industrie** beschäftigt. Es soll Grund zu der Annahme bestehen, daß die jetzt eingeleitete Revision eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe herbeizuführen bestimmt ist.

— **Berlin.** Bei dem Ende November erfolgten Ueberfall der Zollstation Ubabis (Deutsch-Südwestafrika) sind der Gefreite Wilhelm Otto und der Reiter Alfred Zaiser gefallen.

— **Berlin.** Prinz Prosper Arenberg ist aus der Abteilung zur Beobachtung der Geisteskrankheit verdächtiger Angeschuldigter wiederum nach dem Strafgefängnis in Tegel zurückgebracht worden. Die anderweite Meldung, daß der Prinz auf Grund einer gerichtsärztlichen Untersuchung als zurechnungsfähig erklärt worden sei, bestätigt sich nicht, es verlautet vielmehr, daß er als geistesschwach erklärt wäre.

— Die Meuterei der **Heidelberger Grenadiere** wird wahrscheinlich in nächster Zeit auch im Reichstag zur Sprache kommen, weil die verhängten Strafen vielfach als zu hart erachtet werden. Die Grenadiere, welche im Manöverquartier einem abends aus dem Wirtshaus kommenden Unteroffizier auflauerten, ihn bewarfen und prügelten, erhielten bis zu 7 Jahren Zuchthaus. Andererseits wird behauptet, daß die Grenadiere noch gut weggekommen seien, und es wird betont, daß das deutsche Militärstrafgesetz inbezug auf solche Insubordination noch lange nicht das strengste sei. Das französische Militärstrafgesetzbuch bestraft jede Tätlichkeit gegen einen Vorgesetzten, die mit Vorbedacht oder Hinterlist unter den Waffen oder während des Dienstes oder aus dessen Anlaß begangen ist, mit dem Tode! Sonstige Gewalttätigkeiten werden mit Zwangsarbeit von fünf bis zehn Jahren bestraft.

— Den Arbeiten am **Simplontunnel** stellen sich neuerdings erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Auf der Nordseite stieß man auf eine Quelle von 48 Grad Celsius Wärme. Die Arbeiten schreiten infolgedessen nur langsam fort. Auf der Südseite ist das Gestein ungünstig. Zu durchbohren sind noch etwa 1900 Meter.

— **München.** Die sozialdemokratische Fraktion der Abgeordnetenkammer hat folgenden Antrag gestellt: „Die Kammer wolle beschließen, es sei die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem gegenwärtig versammelten Landtage einen Gesetzentwurf zur Verstaatlichung des Kaminfegergewerbes vorzulegen.

— **Wien.** Eine Räuberbande überfiel bei Monastir den Griechen Athanas, dessen Sohn und dessen Neffen und ermordete alle drei. Auf die Brust des Athanas war das Todesurteil des makedonischen Komitees geheftet, worin die Ausrottung des Athanas sowie dessen Familie angedroht wird, weil sie sich weigerten, sich der makedonischen Insurektion anzuschließen.

— **Thorn.** Die „Ostdeutsche Ztg." meldet: Der Schnellzug Nr. 3 von Warschau nach Alexandrowo mit Schlafwagen Warschau-Berlin ist in vergangener Nacht bei Wloclawek (Gouv. Warschau) mit einem russischen Güterzuge zusammengestoßen. Es sollen mehrere Personen ums Leben gekommen und einige verletzt sein.

— Wie aus **Helsingfors** gemeldet wird, ist der verbannte Finländer, frühere Gardekapitän Fraser, der bei Prof. Jakorjew in Petersburg wohnte und plötzlich nachts verhaftet wurde, seitdem spurlos verschwunden. Ueber das Schicksal des verhafteten Bürgermeisters Hallonblad und das des verhafteten Volksschullehrers Wainio herrscht ebenfalls völliges Dunkel.

— 3 Mill. russische Gänse. Die Zahl der in diesem Jahre aus **Rußland** nach Deutschland eingeführten Gänse hat eine Höhe erreicht, wie nie zuvor; 3 Mill. Stück. Ihr Wert beträgt rund 12 Mill. Mark.

— **Belgrad.** Der Inhalt der österreichischen Thronrede hat hier tiefen Eindruck gemacht. In den Kreisen der Verschwörer herrscht tiefe Verstimmung; sie erklären sich bereit, zurückzutreten, verlangen jedoch vorher, daß unter den Nichtverschwörern alle die, welche als Stützen des alten Regiments bekannt sind, ebenfalls aus dem Heere entfernt werden.

Zum Crimmitschauer Ausstand.

Sechstausend Mark werden jetzt täglich, wenn man den Angaben des „Vorwärts" trauen darf, von den Berliner Arbeitern für Crimmitschau aufgebracht. Am Sonntag hatte der Gesangverein „Typographia" zum Besten der Streikenden in der Berliner „Neuen Welt", dem Schauplatz der wüsten Landtagswahlszenen, eine Matinee veranstaltet. Dort wurde u. a. ein Gedicht vorgetragen, dem wir folgende Verse entnehmen, weil sie den Stil kennzeichnen, in dem die sozialdemokratische Presse Crimmitschau behandelt:

Ein wenig Leben von der großen Sonne
Ein wenig Licht —
Mehr forderten sie nicht.
Das Hungerdasein nur nicht gar zu hart!
Nicht gar zu trüb die dunkle Gegenwart!
Ein wenig mildern in dem Angesicht
Die Elendsschatten —
Mehr wollten sie ja nicht,

Die Antwort? Hohn ward ihnen!
Dreimal Hohn!
Dem Menschen Hohn, der in empörtem Gram
Um einen Bettel hier zu fordern kam.
Helmspitzen blinken. — Nieder fällt die Faust.
Die Freiheit tot! Das letzte Recht zerzaust!
Und auf den Gassen Friedhofsruhe weit —
Verhüllt' dein Antlitz, edle Menschlichkeit! — — —

In diesem Stile wird man auch in den 22 Volksversammlungen am Donnerstag Abend von neuem an die Herzen und die Beutel der Berliner Arbeiter appelliert haben. Indessen auch auf der Seite der Fabrikanten kommt das Solidaritätsgefühl, das der „Vorwärts" täglich wieder aufruft, mehr und mehr zur Geltung. Ein Drahtbericht der Berliner „Deutschen Zeitung" meldet:

Forst, 16. Dezbr. Eine zahlreich besuchte Versammlung des Forster Arbeitgeberverbandes beschloß einstimmig, den Crimmitschauer Fabrikanten von jetzt ab bis auf weiteres 2 Prozent der ganzen wöchentlichen Lohnsumme zur Unterstützung zur Verfügung zu stellen. In einer soeben in Cottbus stattgefundenen Zusammenkunft von